

# **Oxfam: COP29 muss Klima-Hilfen für einkommensschwache Länder verzehnfachen**

geschrieben von Andreas | 8. November 2024



**Gerade nach der US-Wahl muss der Rest der Welt zeigen, dass der kooperative Multilateralismus rund um das Pariser Abkommen echte Fortschritte bringen kann**

Berlin, 08.11.2024. Mindestens eine Billion US-Dollar pro Jahr als neues Globalziel zur Unterstützung einkommensschwacher Länder und deutliche Signale für ambitioniertere Klimaschutzziele unter dem Pariser Abkommen – das fordert Oxfam von der diesjährigen UN-Weltklimakonferenz COP29, die ab Montag im aserbaidischen Baku beginnt. Von der Bundesregierung braucht es auch nach dem Ampel-Aus nun konsequentes Engagement für einen Erfolg der COP29.

Hauptaufgabe der COP29 ist es, ein neues Globalziel für die finanzielle Unterstützung einkommensschwacher Länder zur Bewältigung der Klimakrise festzulegen, um das bisherige 100-

Milliarden-Ziel der Industrieländer zu ersetzen. Noch sind wesentliche Schlüsselfragen zur Ausgestaltung des neuen Ziels ungeklärt – etwa hinsichtlich des Umfangs, des künftigen Kreises der Geberländer oder zum Umgang mit unvermeidlichen Klimaschäden.

Jan Kowalzig, Experte für Klimawandel und Klimapolitik bei Oxfam dazu: „2015 wurde in Ergänzung zum Pariser Abkommen beschlossen, die finanzielle Unterstützung für die einkommensschwachen Länder ab 2025 auf eine neue Grundlage zu stellen. Dieses Versprechen gilt es nun in Baku einzulösen, damit auch der Globale Süden ehrgeizig zur Umsetzung des Pariser Abkommens beitragen, sich klimaverträglich entwickeln und seine Gesellschaften vor den Folgen der Klimakrise schützen kann. Dass das gelingt, liegt in unserer vernetzten Welt im ureigenen Interesse auch der Industrieländer.“

Nach Einschätzung von Oxfam braucht es für die künftige Unterstützung als Zielmarke ein Volumen von jährlich mindestens einer Billion US-Dollar. Das entspräche einer Verzehnfachung des bisherigen Ziels. So fordern es auch die einkommensschwachen Länder. „Das Geld dafür wäre da: Über Vermögenssteuern für Reiche und Superreiche, die durch ihren extremen Konsum erheblich zur Klimakrise beitragen, oder über Abgaben auf die Förderung fossiler Energien ließen sich erhebliche Mittel mobilisieren, die in die Bewältigung der Klimakrise gesteckt werden könnten“, so Kowalzig.

Nach den Vorstellungen der besonders gefährdeten Länder soll das neue Globalziel nicht nur die Unterstützung für Klimaschutz und Anpassung an die Veränderungen, sondern auch für die Bewältigung kommender Verluste und Schäden etwa durch Stürme, Dürren oder Überschwemmungen abdecken. Die Industrieländer lehnen diese Ausweitung derzeit ab.

Jan Kowalzig sieht darin politisches Kalkül: „Die Industrieländer wehren sich mit formalen Argumenten, in Wahrheit aber ist die Blockade politisch, denn sie fürchten

den hohen Unterstützungsbedarf beim Umgang mit Klimafolgeschäden. Mit dieser Haltung gegen die vom Klimawandel existenziell bedrohten Länder wird sich in Baku kein Erfolg zurechtzimmern lassen.“

Die Rolle der Bundesregierung sieht Oxfam kritisch. Zwar gilt Deutschland bislang als Zugpferd in der Klimafinanzierung, aber noch plant die Bundesregierung den Etat des Entwicklungsministeriums für 2025 so kürzen, dass die deutsche Zusage, die Klima-Hilfen auf jährlich mindestens sechs Milliarden Euro anzuheben, kaum einzuhalten sein wird.

Jan Kowalzig betont: „Wenn ausgerechnet Deutschland seine Finanzausgaben bricht, dürfte das für die Verhandlungen so wichtigen Vertrauensbasis zwischen den Ländern wenig zuträglich sein. Dass sich der Bundesfinanzminister dafür nie interessiert hat, ist wenig überraschend. Bundeskanzler Olaf Scholz hingegen hat die deutsche Zusage wiederholt bekräftigt und muss nun die geplanten Kürzungen kassieren. Auch und gerade nach dem Ampel-Aus.“

Auch der dürftige Ehrgeiz der Länder beim Klimaschutz wird Thema auf der Konferenz sein. Die bisherigen Klimaschutzziele der Länder machen eine globale Erwärmung von bis zu 3°C möglich. Bis 2030 werden, so ein neuer UN-Bericht, die weltweiten Emissionen um weniger als drei Prozent gegenüber 2019 sinken. Nötig wären jedoch 43 Prozent, um die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen und so die schlimmsten Szenarien der Klimakrise noch zu verhindern. Die COP29 muss hier deutlich mehr Ehrgeiz von den Ländern einfordern, wenn diese nächstes Jahr turnusgemäß ihre neuen Klimaschutzpläne unter dem Pariser Abkommen einreichen werden.

Natürlich ist das Wahlergebnis in den USA ein Rückschlag für die internationale Klimapolitik. „Donald Trump leugnet die Wissenschaft zum Klimawandel, agiert als Frontmann der fossilen Energieindustrie und steht seit jeher dem Multilateralismus feindlich gegenüber“, so Kowalzig.

Allerdings gilt auch: Die Klimakrise macht deswegen nicht vier Jahre halt, sondern bleibt eine existenzielle Bedrohung. Weite Teile der USA wissen das und haben längst verstanden, dass ambitionierter Klimaschutz eine wichtige Zukunftsinvestition ist. Auf Bundesstaatenebene wird die zum Teil ehrgeizige Energie- und Klimapolitik weitergehen. Auch wenn die USA unter Donald Trump das Pariser Abkommen verlassen, wird der Rest der Welt die klimafreundliche Transformation fortsetzen. Dass das gelingen kann, muss auch die kommende COP29 beweisen.

### **Redaktionelle Hinweise**

- Jan Kowalzig, Experte für Klimawandel und Klimapolitik verfolgt für Oxfam Deutschland die Verhandlungen – in der ersten Woche virtuell von Berlin aus, in der zweiten Woche (ab 17. November) vor Ort in Baku.
- Für Gesprächsanfragen können Sie sich direkt an Jan Kowalzig wenden: +49-160-5311401.

### **Pressekontakt**

Lena Enders, Tel.: 0 30 45 30 69 745, [lenders@oxfam.de](mailto:lenders@oxfam.de)

Sebastian Danz, Tel.: +49 30 45 30 69 726, [sdanz@oxfam.de](mailto:sdanz@oxfam.de)

Als internationale gemeinnützige Organisation setzt sich Oxfam gemeinsam mit Menschen in aller Welt gegen Armut, Unterdrückung und soziale Ungleichheit ein. Seite an Seite mit fast 2.250 lokalen Partnerorganisationen in 79 Ländern arbeiten wir für eine gerechte und nachhaltige Welt.

Mehr unter [www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Deutschland

---

# Trump-Wahl mit immensen Folgen für Weltordnung und Klimaschutz – nun kommt viel auf EU und Deutschland an

geschrieben von Andreas | 8. November 2024



**Germanwatch zum Wahlausgang in den USA: Mit Trump wird fossile Lobby die Regierungsgeschäfte übernehmen / Enorme Herausforderung für internationale Klimaschutzbemühungen / Es braucht nun eindeutiges Bekenntnis der Weltgemeinschaft zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens**

**Berlin/Bonn** (6. Nov. 2024). Mit großer Sorge blickt die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch auf den Ausgang der US-Wahlen. „Der Wahlsieg Donald Trumps hat das Potenzial, die seit dem zweiten Weltkrieg entwickelte Weltordnung grundlegend umzugestalten. Germanwatch setzt sich für globale Gerechtigkeit sowie den Schutz der Menschenrechte und der massiv bedrängten ökologischen Lebensgrundlagen ein. Donald Trump hat angekündigt, dass die Weltmacht USA sich in all diesen Feldern massiv gegen diese Ziele aufstellen wird“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. „Mit Trump droht die fossile Lobby die Regierungsgeschäfte in den USA zu übernehmen. Aber die globalen wirtschaftlichen und technologischen Trends sprechen weiterhin für eine dynamische Entwicklung von Erneuerbaren Energien, Speichertechnologien und Elektromobilität.“

Bals weiter: „Wir sehen mit großer Sorge, in welchem Ausmaß Geld aus der fossilen Lobby und der Tech-Szene diesen Wahlkampf befördert hat. Wir setzen nun auf eine EU und Deutschland, die Handlungsfähigkeit nach innen und außen für die eigenen Werte demonstrieren – gemeinsam mit Partnern, gerade auch im Globalen Süden. Das wird allerdings angesichts der zunehmenden politischen Polarisierung in der EU und der in Frage gestellten Handlungsfähigkeit der Bundesregierung eine Herausforderung.“

### **Weltgemeinschaft bei COP in Baku besonders gefordert**

Mit großer Sorge blickt Germanwatch auch auf die klimapolitischen Auswirkungen des Trump-Siegs. „Für den globalen Klimaschutz ist eine erneute Amtszeit Trumps mit republikanischen Mehrheiten im Kongress eine sehr schlechte Nachricht“, so Bals. „Trump zweifelt die Realität der Klimakrise an und wird sich dafür einsetzen, die Förderung von Öl und Gas zu erhöhen, obwohl das die Lebensgrundlagen auf unserem Planeten zerstört. Aber die Klimakrise duldet keinen Aufschub, denn der Physik ist es letztlich egal, wer im Weißen Haus sitzt. Umso wichtiger ist es, dass die Staatengemeinschaft beim anstehenden Klimagipfel COP29 in Baku und beim G20-Gipfel in Rio beweist, dass sie beim Klimaschutz zur Not auch ohne die US-Regierung handlungsfähig sein wird. Die Bundesregierung sollte jetzt die Initiative für die Bildung einer breiten Koalition von Ländern ergreifen, die in den nächsten Tagen ihre Unterstützung für das Pariser Klimaabkommen und seine Ziele bekräftigt.“

Es steht zu befürchten, dass Trump die USA nicht nur aus dem Paris-Abkommen führen wird, sondern auch versuchen wird, die übergeordnete UN-Klimarahmenkonvention zu verlassen. Bals: „Für einen angemessenen amerikanischen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung dürfte es keine Mehrheiten im Kongress geben und auch die Finanzierung multilateraler Institutionen von den Vereinten Nationen bis zur Weltbank ist gefährdet.“

Politisch wird es für Trump zwar schwierig bis unmöglich werden, viele der Förderprogramme für grüne Zukunftstechnologien aus dem Inflation Reduction Act von Präsident Joe Biden zu beenden, er wird sie aber abschwächen. Der Schwerpunkt wird vor allem darauf liegen, die Bedingungen für die Öl- und Gasindustrie zu verbessern. „Trump kann den Wandel in den USA zwar verlangsamen und erschweren – aufhalten wird er ihn nicht. Allerdings wird dies die Erreichung der globalen Pariser Klimaziele für alle untergraben. Die USA sind der weltweit zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen. Ihre historische Verantwortung für die weltweit zunehmenden Klimaschäden wird durch Trumps verantwortungslose Politik weiter steigen. Zudem wird seine fossile Politik langfristig der amerikanischen Wirtschaft schaden, wenn er sie zunehmend von Innovationen und Märkten der Zukunft abkoppelt“, so Bals.

### **EU und Deutschland müssen Trumps fossilem Kurs entgegensteuern**

Germanwatch erwartet von Deutschland und der EU nun eine verantwortungsvolle Reaktion. Bals: „Die Bundesregierung und die EU müssen jetzt Sicherheit über den eingeschlagenen Weg schaffen, denn auch die europäische Wirtschaft braucht diese Klarheit. Das heißt auch, den Weg Richtung Elektrifizierung und Erneuerbare Energien noch konsequenter zu gehen. Flüssiggas-Importe nach Deutschland kommen zum Großteil aus den USA. Jede Reduktion dieser Import-Abhängigkeit reduziert auch die Unterstützung für Trumps fossilen Kurs, senkt die Verwundbarkeit gegenüber Entscheidungen der neuen US-Administration und trägt zur Stärkung grüner Geschäftsmodelle bei. Dazu sollte die Bundesregierung unter anderem die Elektrifizierung von Prozessen in Industrie und Gewerbe stärker unterstützen und den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft in Europa entschlossener fördern. Ein ambitioniertes 2040-Klimaziel der EU von mindestens 90 Prozent Emissionsreduktion wäre das richtige Signal. Dazu müssen die EU-Regierungschefs sich bei ihrem nächsten Gipfel verpflichten.“

Auf dieser Grundlage könnte die EU auch eine treibende Kraft werden für eine Koalition von Staaten, die bis zum Februar 2025 die vom Pariser Abkommen geforderten neuen ehrgeizigen Klimaziele vorlegt. Auch Partnerländer wie China, Indien, Südafrika oder Brasilien müssen dafür eingebunden werden. Das Verhältnis zu diesen Ländern wird die EU – nicht nur klimapolitisch – künftig eigenständig definieren müssen. Beim Klimagipfel in wenigen Tagen in Baku muss – auch ohne die USA – zunächst eine Einigung auf ein neues Klimafinanzierungsziel gelingen. Dazu braucht es eine handlungsfähige Bundesregierung mit einem Bundeshaushalt, der bei der internationalen Zusammenarbeit nicht kürzt, sondern in diesen unsicheren Zeiten mehr investiert. Das multilaterale Klimaregime hat bereits in der ersten Amtszeit von Trump seine Resilienz bewiesen – das kann auch dieses Mal klappen, aber es erfordert mutiges und zügiges Handeln. „Es gibt in den USA eine breite Bewegung an Unternehmen, Bundesstaaten, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die ernsthaften Klimaschutz umsetzen und sich für Klimaziele einsetzen. Klimadiplomatie muss diese wichtigen Akteure voll und ganz einbinden. Das bedeutet auch eine starke Rolle für die Zivilgesellschaft. Germanwatch wird sich dieser Herausforderung stellen“, so Bals.

**Kontakte für Medien:**

Stefan Küper  
Pressesprecher

Katarina Heidrich  
Pressereferentin

**Pressekontakt:**

presse@germanwatch.org  
Stefan Küper  
kueper@germanwatch.org  
Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Katarina Heidrich

# **Weltweiter Klimaskandal? Oder: wie Massenmedien den freiwilligen Klimaschutz gefährden. Oder: Wer ist Hannah?**

geschrieben von Andreas | 8. November 2024



**Teil 1: Die unerträglichen Versuche von „Die Zeit“ Unternehmen durch falsche Berichterstattung und einseitige Meinungsmache zu diffamieren.**

Wiesbaden, 2. Februar 2023

Am 19. Januar 2023 erschien in der Zeit ein Artikel mit dem Thema „Der Klima-Betrug“. Da die Tragweite dieses Artikels sehr hoch ist und weltweit Unternehmen zum Erreichen ihrer (selbst gesteckten) Klimaziele auf Kompensation von CO2 durch Klimaschutzprojekte setzen, möchten wir kurz Stellung dazu beziehen. Hauptthema des Artikels ist die Methode zur Berechnung von Waldschutzprojekten, die Verra u.a. zur

Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen anbietet. Der Artikel beruht jedoch nicht auf seriös recherchiertem und belegtem Journalismus, sondern hat die Intention, die Leser im Bereich Klimaschutzprojekte negativ zu beeinflussen. Es wird von einem „freikaufen“ der Unternehmen gesprochen sowie einige Firmennamen genannt und in Verruf gebracht. Über die Notwendigkeit der Zusätzlichkeit in Klimaschutzprojekten sowie die Definition von Klimaneutralität wird nicht berichtet.

In unserer Stellungnahme werden die Behauptungen des Artikels aufgegriffen, um die Berichterstattung zu hinterfragen.

[Stellungnahme von Verra auf den Artikel im Guardian](#)

[Stellungnahme von Verra auf den Artikel in Die Zeit](#)

Gegenstand ist ein in Die Zeit, in der Rubrik Wirtschaft am 19. Januar 2023 erschienener Artikel mit dem Titelthema: Der Klima-Betrug. In Zusammenarbeit mit der britischen Tageszeitung The Guardian und des britischen Reporterpools SourceMaterial wird berichtet, dass vermeintlich über viele Jahre Zertifikate über den Klimaschutzstandard Verra ausgegeben wurden, die es nicht hätte geben dürfen. Die Methode, nach der die Projektbetreiber die CO<sub>2</sub>-Einsparungen berechnet haben, sei fehlerhaft oder nicht geeignet. Auffällig ist, dass im Artikel der Zeit vermehrt Ausdrücke, wie scheinbar, offensichtlich, vermutlich, anzunehmen usw. verwendet und Expert\*innen zitiert werden, die einerseits an der Entwicklung der Methode mitgewirkt haben, andererseits jedoch zu der Einsicht gekommen sind, dass die Methode ungeeignet sei, um die CO<sub>2</sub>-Einsparung zu berechnen. An dieser Stelle ist anzumerken, dass neu entwickelte Methodiken im Rahmen der Prüfung auch einer Public Consultation unterzogen werden. Hierbei wird jedem die Möglichkeit gegeben, vor Einführung einer Methodik begründete Einwände und Anmerkungen zu äußern.

Zugegebenermaßen können sich Berechnungsmethoden in der Praxis

als ungeeignet erweisen. In dem Fall ist es Aufgabe des Klimaschutzstandards, im vorliegenden Fall von Verra, die Kritik aufzugreifen und die Methode zur Berechnung, falls notwendig, anzupassen. Verra arbeitet bereits seit einem Jahr an einer Überarbeitung und Zusammenlegung der verschiedenen Methoden für Waldschutzprojekte.

Was ist wirklich der Sachverhalt des Artikels? Es werden Unternehmen angegriffen, die sich im freiwilligen Klimaschutz engagieren, also per Gesetz oder Verordnung nicht verpflichtet sind CO<sub>2</sub>-Emissionen auszugleichen, sich aber dennoch mit ihren eigenen Treibhausgasemissionen auseinandersetzen und die Möglichkeit des CO<sub>2</sub>-Ausgleichs nutzen. Diesen Unternehmen wirft der Artikel vor, sich mit unseriösen Zertifikaten frei zu kaufen und in diesem Zug, so vermutet Die Zeit sogar, noch mehr CO<sub>2</sub> zu emittieren, da CO<sub>2</sub>-Zertifikate wie ein Freifahrtschein fungieren könnten. Mit ihrem freiwilligen Engagement würden diese Unternehmen sogar noch die Klimakrise verstärken.

### **Wovon haben sich Unternehmen freigekauft?**

Alle Unternehmen, die nicht dem verpflichtenden Emissionshandel unterliegen, können sich freiwillig im Klimaschutz engagieren. Das tun Unternehmen in der Regel mit der Erstellung einer Treibhausgasbilanz und dem anschließenden freiwilligen Ausgleich der nicht weiter reduzierbaren oder vermeidbaren Treibhausgasemissionen. Der Ausgleich der Treibhausgasemissionen erfolgt über den Ankauf und der verbindlichen Stilllegung von CO<sub>2</sub>-Minderungszertifikaten, die für Klimaschutzprojekte von den Klimaschutzstandards (Gold Standard oder Verra) ausgegeben (den Klimaschutzprojekten zugeteilt) werden.

Der Artikel der Zeit suggeriert, dass Unternehmen, die sich im freiwilligen Klimaschutz engagieren, verpflichtet wären, CO<sub>2</sub>-Emissionen entweder zu vermeiden oder zu reduzieren oder im billigsten Fall über CO<sub>2</sub>-Zertifikate auszugleichen. Wenn

Unternehmen nicht verpflichtet sind, können sie sich auch nicht freikaufen.

## **Wer hat die CO2 Einsparung versprochen?**

Das Themenfeld ist zugegebenermaßen komplex, sodass es eine intensive Einarbeitung erfordert, um zu verstehen, wie die Mechanismen funktionieren. Die Zeit selbst beschäftigt sich erst seit wenigen Jahren mit dem Themenkomplex Klimawandel, Klimaschutz und freiwilliges Engagement im Klimaschutz. Aus diesem Grund klären wir mit jahrelanger Expertise gerne auf und wollen etwas Licht in die vielen Schatten des Zeit Artikels bringen.

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass der freiwillige Klimaschutz das ist, was das Wort freiwillig (Definition Duden: aus eigenem freiem Willen geschehend; ohne Zwang ausgeführt) sagt. Es handelt sich um ein freiwilliges, unaufgefordertes Engagement. Unternehmen müssen sich nicht freikaufen oder etwas versprechen, was sie nicht halten, weil sie es nicht beeinflussen können.

Es existieren Klimaschutzstandards, wie beispielsweise der Gold Standard oder der VCS (Verified Carbon Standard), welche weder staatlich organisiert noch einer staatlichen Kontrolle unterlegen sind. Ziel beider Organisationen ist es, Kriterien zu entwickeln, nach denen sich Projekte (Klimaschutzprojekte) zertifizieren lassen können, wenn sie Kriterien und Regeln der Klimaschutzstandards erfüllen. Angehende Klimaschutzprojekte müssen zunächst durch die Einreichung von Unterlagen (Projekt Design Dokumentation – kurz PDD) bei den Klimaschutzstandards beurteilt werden. Klimaschutzstandards prüfen in dieser Projektphase die Dokumentationen, um festzustellen, ob aus den eingereichten Unterlagen ersichtlich ist, dass das angehende Klimaschutzprojekt überhaupt in der Lage ist, die Kriterien und Regeln des Klimaschutzstandards zu erfüllen. Kommt der Klimaschutzstandard nach Prüfung der Unterlagen zu der Folgerung, dass die eingereichten Unterlagen plausibel sind

und das angehende Klimaschutzprojekt die Anforderungen erfüllt, erfolgt der nächste Schritt.

## **Überprüfung der Klimaschutzprojekte vor Ort**

In dieser Phase werden die angehenden Klimaschutzprojekte vor Ort von durch Zertifizierungsstellen zugelassenen Prüfer\*innen und Auditor\*innen überprüft. Es wird bei der Prüfung nicht nur die angewendete Methode zur Berechnung der CO<sub>2</sub>-Bindung oder Vermeidung überprüft, sondern auch zahlreiche andere Kriterien der Klimaschutzstandards.

Ein immer wieder diskutiertes Kriterium ist die Zusätzlichkeit. Dieser Begriff bedeutet, dass das Projekt nur durch den zusätzlichen Verkauf von Zertifikaten umgesetzt werden kann. Ferner werden je nach Projektart (Wind, Wasser, Solar, Biomasse, Kochofen, Wasser, Aufforstung oder Waldschutz) zahlreiche weitere Kriterien und Regeln auf deren Einhaltung hin überprüft. Erfüllt ein Projekt alle vom Klimaschutzstandard vorgegebenen Kriterien und dies wird bei der Prüfung vor Ort bestätigt, wird das Klimaschutzprojekt zertifiziert. Daraufhin erhält das Projekt gemäß der Berechnung die entsprechenden Zertifikate. Dies geschieht aber erst nach Bindung oder Vermeidung, in Abhängigkeit vom Projekttyp. Alle Dokumente, welche die Projektbeschreibung mit den ausführlichen Berechnungen, das Basisszenario sowie alle Prüfprotokolle des Zertifizierers beinhalten, sind öffentlich einsehbar

## **Klimaschutzprojekte unterliegen einer regelmäßigen vor Ort Prüfung**

Klimaschutzprojekte werden in von der Projektart abhängigen Zeitabständen regelmäßig vor Ort auf Einhaltung von Kriterien und Regeln von Prüfer\*innen kontrolliert. Die Methode zur Berechnung der CO<sub>2</sub>-Bindung oder Vermeidung wird nicht erneut begutachtet, da dies bereits zur Erstzertifizierung vom Klimaschutzstandard überprüft wurde und sich im Laufe des

Projektes nicht ändert. Die tatsächlich gebundene oder vermiedene Menge an CO<sub>2</sub>-Emissionen wird jedoch regelmäßig geprüft.

### **Wer hat die CO<sub>2</sub> Einsparung versprochen?**

Auch an dieser Stelle suggeriert die Sub-Headline des Zeit Artikels, dass Unternehmen, die mit Zertifikaten nicht reduzierbare oder vermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgleichen, sich freikaufen und diese Zertifikate weniger CO<sub>2</sub> einsparen als man kommuniziert.

Diese Äußerung der Zeitung ist anmaßend und soll die Leser empören, sodass Unternehmen, die sich im freiwilligen Klimaschutz engagieren, unsachlich kritisiert werden. Der Artikel der Zeit zieht nicht in Erwägung, dass Unternehmen, die sich im freiwilligen Klimaschutz einsetzen, ihre emittierte CO<sub>2</sub>-Emission lediglich durch einen Standard zugeteilte Zertifikate ausgleichen.

### **Ungeeignete Methoden zur Berechnung von CO<sub>2</sub>-Einsparung**

Der ganze Artikel konzentriert sich im Wesentlichen darauf, dass es bei Verra u.a. eine von vielen Methoden zur Berechnung von CO<sub>2</sub>-Einsparung bei Waldschutzprojekten gibt, die scheinbar zu einer größeren Zuteilungsmenge von Zertifikaten führt. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, ist es die Aufgabe des Klimaschutzstandards Verra, dem nachzugehen und die Methode zu verändern.

Unternehmen, die Verra zertifizierte Waldschutzzertifikate gekauft haben oder kaufen, kann auch von Seiten der Zeit kein Vorwurf gemacht werden.

### **Profilierungsversuch auf Kosten der Schwächsten**

Die Intention des Zeit Artikels ist aufhetzend und provozierend, sodass die Absicht der Journalist\*innen hinterfragt werden sollte. Die Journalistin Hannah Knuth ist

allerdings nicht die einzigen Pressevertreter\*in, die seit Jahren gegen ein Engagement im freiwilligen Klimaschutz schreiben. Ein weiteres Beispiel ist die [WirtschaftsWoche](#), die den Sachverhalt von Klimaschutzprojekten nicht erkennt sowie unwissend über den Mechanismus der Klimaneutralität bzw. wie Klimaneutralität definiert wird, ist (IPCC).

Carbon neutral or Net zero emissions  
(<https://www.ipcc.ch/sr15/chapter/glossary/>)

Laut IPCC heißt klimaneutral oder das Erreichen von Netto-Null-Emissionen, dass die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen in die Atmosphäre durch den anthropogenen Abbau über einen bestimmten Zeitraum ausgeglichen sind. Da viele Unternehmen zur Erlangung der Klimaneutralität nicht auf unternehmenseigene Biogene CO<sub>2</sub>-Senken zurückgreifen können, gibt es den Mechanismus der Kompensation.

Der Mechanismus der Kompensation geht zurück auf das Kyoto-Protokoll und den Artikel 12 – umweltverträgliche Entwicklung – Clean Development Mechanism.

Hier heißt es in Absatz 2:

„Zweck des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung ist es, die nicht in Anlage I aufgeführten Vertragsparteien (Anm.: die Entwicklungs- und Schwellenländer) dabei zu unterstützen, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen und zum Endziel des Übereinkommens beizutragen, und die in Anlage I aufgeführten Vertragsparteien dabei zu unterstützen, die Erfüllung ihrer quantifizierten Emissionsbegrenzungs- und -reduktionsverpflichtungen aus Artikel 3 zu erreichen.“

### **Was erwarten wir von gutem Journalismus**

Guten Journalismus zeichnet ein Artikel aus, der auf umfangreicher und wissenschaftlicher Recherche beruht und mit Fakten und Daten belegt ist sowie dass sich die Autor\*innen über die Tragweite eines Artikels in einer Zeitung mit hoher

Auflagenanzahl bewusst sind. Dies trifft auf den Artikel der Zeit leider nicht zu.

Aber was sind die Fakten? Fakt ist, dass seit über 30 Jahren Klimapolitik betrieben wird und die jährlichen Treibhausgas-Emissionen noch immer steigen (IPCC AR6 WG III: [https://report.ipcc.ch/ar6wg3/pdf/IPCC\\_AR6\\_WGIII\\_FinalDraft\\_FullReport.pdf](https://report.ipcc.ch/ar6wg3/pdf/IPCC_AR6_WGIII_FinalDraft_FullReport.pdf)).

Es herrscht mit dem globalen Anstieg ein globales Problem. Ein Problem, welches die Politik allein nicht lösen kann – zumindest nicht in der Zeit, die für ein potenziell erträgliches Zukunftsszenario bleibt. Fakt ist, dass gerade Entwicklungs- und Schwellenländer einen steigenden Einfluss auf die weltweiten Treibhausgas-Emissionen haben und hier somit ein wichtiger Hebel sind. Schon mit dem Kyoto-Protokoll wurde daher der CDM-Mechanismus eingeführt. Kompensationen aus dem freiwilligen Markt gewannen hier in der nahen Vergangenheit mehr und mehr an Bedeutung. Tatsache ist außerdem, dass zertifizierte Klimaschutzprojekte für die Erfüllung der Standards umfangreiche Projektdokumentationen einreichen müssen, welche neben den vor Ort Audits geprüft werden. Die Kriterienkataloge sind umfangreich und die Methodiken häufig komplex. Gegebenheiten in Projekten sind oft individuell. Standards und Normen sind daher in stetiger Entwicklung, um auf neue Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft zu reagieren. Um die vor uns liegende Aufgabe – Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen – zu schaffen, werden globale Anstrengungen in allen Bereichen benötigt. Essenziell sind Reduktions- und Vermeidungsstrategien aber auch Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern.

### **Was ist die Intension des Artikels/ der Artikelreihe**

Veröffentlicht wurde der Artikel in der Reihe „Der Klimabetrug“. Es wird suggeriert, man sei einem systematischen Betrug auf die Spur gekommen, aber es geht in keinem der Artikel darum, eine objektive Sicht auf die Dinge zu liefern.

In den Artikeln werden nur Negativszenarien aufgegriffen (Blumenstraußartikel) oder Expert\*innen mit fragwürdigen Methodiken herangezogen (Stellungnahme VERRA). Mit der Zielsetzung, die Auflage zu erhöhen oder Klicks zu steigern, um sich zu profilieren. Objektiv gesehen war es zu keinem Zeitpunkt Ziel, sich ernsthaft mit der Thematik „Klimaneutralität und dem Mechanismus der Kompensation“ auseinanderzusetzen oder diesen zu verstehen. Es wird suggeriert, dass alle Beteiligten unseriös handeln und vorsätzlich anderen einen Schaden zufügen. Potenzieller Verlierer sind am Ende aber Projekte in Entwicklungsländern, welche keine Unterstützung mehr erhalten, weil sich Unternehmen aus dem freiwilligen Engagement zurückziehen. Wer fügt hier also wem vorsätzlich und durch einseitige und verdrehte Berichterstattung Schaden zu – der unseriöse Journalismus?

Fazit: Die Zeit kann das Rad der Veränderung nicht zurückdrehen. Wir sehen, dass Unternehmen sich auch weiterhin engagieren und den Sinn von Klimaschutzprojekten erkannt haben. Unternehmen, die sich aufgrund solcher Berichterstattung öffentlichkeitswirksam aus einem Engagement im freiwilligen Klimaschutz zurückziehen, wie dies zum Beispiel die [Drogeriemarktkette Rossmann](#) tut, entscheiden dies vermutlich aus anderen Gründen. Diesen Unternehmen hat Die Zeit einen Bärendienst erwiesen. Zum Glück sind diese Unternehmen in der Minderheit.

### **Über die natureOffice GmbH**

Als inhabergeführte Klimaschutzagentur unterstützt die natureOffice GmbH Unternehmen rund um Ihre Klimaschutzstrategie. Sie erstellt fundierte Klima-Bilanzen nach internationalem Standard und findet passend Klimaschutzprojekte für den Treibhausgas-Ausgleich. Die online gestützten Prozesse setzen Standards, die die Kunden zu schätzen wissen. Mit eigenen Klimaschutzprojekten lebt natureOffice die eigene Auffassung von Klimaschutz und

sozialem Engagement in den Schwellenländern.

[www.natureOffice.de](http://www.natureOffice.de)

## Pressekontakt

Andreas Weckwert

Geschäftsführer

Telefon +49 69 173 20 20 0

E-Mail [info@natureoffice.com](mailto:info@natureoffice.com)

---

# Nachhaltige Wirtschaft enttäuscht über unzureichende „Sofort“-Programme für den Gebäude- und Verkehrssektor

geschrieben von Andreas | 8. November 2024



## BNW

Bundesverband  
Nachhaltige  
Wirtschaft e.V.

*Berlin, 13.07.2022: Die vorige Bundesregierung hat die im Klimaschutzgesetz festgehaltenen Ziele für den Gebäude- und Verkehrssektor verfehlt. Die zuständigen Ministerien waren deshalb aufgefordert Nachbesserungen vorzulegen. Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist enttäuscht über die unzureichenden Anstrengungen der sogenannten „Sofort“-Programme, vor allem im Verkehrsbereich.*

Anstatt eines, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, sektorübergreifenden Klimaschutz-Sofortprogramms haben das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium (BMWK) sowie die Bau- und Verkehrsministerien heute einzelne „Sofort“-Programme vorgestellt, die aber zum Teil auf viele Jahre angelegt sind. Der BNW setzt sich für eine sektorenübergreifende sozial-ökologische Transformation ein und ist enttäuscht über die unzureichende Tragweite der Programme: „Durch das Klimaschutzgesetz waren die zuständigen Ministerien verpflichtet, Nachbesserungen für den Gebäude- und Verkehrssektor vorzulegen. Das hätte ein lauter Weckruf für die Bundesregierung sein müssen. Leider verpasst vor allem das Verkehrsministerium die Chance, eine echte Trendwende für den Klimaschutz einzuleiten,“ sagt die BNW-Geschäftsführerin Dr. Katharina Reuter. „Damit Deutschland seine Klimaziele erreicht, muss jetzt gehandelt werden. Für eine konsequente Verkehrswende braucht es ein ambitioniertes Maßnahmenpaket“, unterstreicht Reuter.

Der BNW fordert deshalb erneut folgende echte Sofort-Maßnahmen:

- Abbau von klimaschädlichen Subventionen, insbesondere die Abschaffung von Diesel- und Dienstwagenprivilegien
- Ausbau des ÖPNV: Ausreichende Investitionen in öffentliche Infrastrukturen
- Umgehende Einführung eines Tempolimits

*„Um den Mobilitätssektor auf den Klimapfad zu bringen, muss der motorbetriebene Verkehr reduziert werden. Gleichzeitig braucht es ausreichende Alternativen zum Auto“,* sagt die BNW-Geschäftsführerin. Besonders für den ländlichen Raum sind Kreativität und Anreize gefragt, die klimaschonende Mobilität ermöglichen, beispielsweise durch die Förderung von kleinen, flexiblen E-Fahrzeugen. Darüber hinaus braucht es eine pflichtmäßige ÖPNV-Anbindung bei Gewerbebetrieben. Nur durch eine ausreichende Infrastruktur lassen sich Nachhaltigkeit und Wirtschaftsansiedlungen im ländlichen Raum vereinbaren.

Auch für den Gebäudesektor wurde ein Maßnahmen-Paket vorgelegt. Der BNW bedauert, dass die Bundesregierung voraussichtlich auch im Gebäudesektor die gesetzten Ziele reißen wird. „Angesichts der aktuellen Energiekrise brauchen wir jetzt einen politischen Kraftakt im Gebäudebereich. Das Programm enthält wichtige Ansätze, wie die geplante Wärmepumpenoffensive. Verbesserungspotenzial besteht allerdings im Bereich der energetischen Gebäudemodernisierung“, betont Reuter.

Pressekontakt

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin

reuter@bnw-bundesverband.de

+49 178 448 19 91

Agentur Ahnen&Enkel

Kai Weller

weller@ahnenenkel.com

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen knapp 600 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 130.000 Arbeitsplätze.

---

**EU-Umweltrat ebnet Weg für wichtiges Klimapaket – trotz**

# ärgerlicher Verwässerungen

geschrieben von Andreas | 8. November 2024



**Klimasozialfonds mit Abschwächungen gerettet / Reform des Emissionshandels durchwachsen / Rückschritt bei Klimaschutzverordnung / Germanwatch fordert Bundesregierung auf, ab jetzt konstruktivere Haltung einzunehmen**

**Bonn/Berlin** (29. Juni 2022). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch zeigt sich nach dem in der Nacht zu Ende gegangenen Rat der EU-Umwelt- und Klimaminister:innen erleichtert, dass die Bundesregierung ihre anfängliche Blockadehaltung zumindest teilweise aufgegeben hat. „Wir haben ein eher enttäuschendes Ergebnis, weil Deutschland das EU-Klimapaket an mehreren Stellen stark verwässert hat. Aber immerhin hat es eine Einigung gegeben und das Schlimmste wurde abgewendet“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

„Die Hoffnung vieler Akteure, dass Deutschland bei den Verhandlungen um das Fit-for-55-Paket eine Führungsrolle übernimmt und die EU fit für den nötigen Turbo beim Klimaschutz macht, hat sich leider nicht erfüllt.“ Jetzt bieten die Verhandlungen zwischen Mitgliedsstaaten und EU-Parlament die letzte Chance für die Bundesregierung, eine mutige Verhandlungsführung durch die Ratspräsidentschaft zu unterstützen.

## **Deutsche Blockade beim Klimasozialfonds**

Einer der größten Streitpunkte war der Klimasozialfonds, der Bürger:innen EU-weit bei steigenden Preisen fürs Heizen und

Tanken entlasten soll. Deutschland und einige andere Mitgliedsstaaten wollten das Volumen des Fonds stark verkleinern anstatt für die notwendige Solidarität zu sorgen. „Deutschlands lang anhaltende Blockade hat hier beinahe das gesamte Paket gefährdet. Der nun gefundene Kompromiss ist unzureichend und muss dringend nachgebessert werden. Aber immerhin konnte sich die Bundesregierung mit ihrem beschämenden Vorschlag nicht durchsetzen“, so Bals.

Desweiteren hat der Umweltrat die Reform des bestehenden Emissionshandels beschlossen, wobei die Mitgliedsstaaten im Großen und Ganzen den mittelmäßigen Vorschlag der Kommission unterstützten. Bei der Ambition des Emissionshandels fehlte den Umweltminister:innen der Mut, über den Vorschlag der Kommission hinauszugehen, kritisiert Germanwatch. Unternehmen aus der Industrie sollen zudem noch bis 2035 kostenlose Zertifikate erhalten, während der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich nur langsam anläuft. Bals: „Bei der kostenlosen Zuteilung wurde der bereits unzureichende Vorschlag der Kommission und der französischen Ratspräsidentschaft auf Druck der Bundesregierung noch weiter verwässert. Deutschland nimmt hier zu viel Rücksicht auf die Industrie anstatt das Erreichen der Klimaziele ganz oben auf die Agenda zu setzen.“

### **Aufgeweichte Klimaschutzverordnung**

Die vom Rat beschlossene Position zu 2030-Klimazielen der einzelnen Staaten und deren Einhaltungsmechanismus – unter anderem für die Sektoren Verkehr und Gebäude – im Rahmen der EU-Klimaschutzverordnung ist für Germanwatch eine Enttäuschung. Bals: „Die weltpolitische Lage verlangt mehr denn je, dass die Klimagesetzgebung sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene gestärkt wird. Klare Rahmensetzungen für die Einhaltung ambitionierter und verbindlicher nationaler Klimaziele für 2030 spielen hier eine Schlüsselrolle. Die heutige Entscheidung ist eindeutig ein Rückschritt.“ Der Rat will die Flexibilität ausweiten und Staaten könnten ihre Emissionsziele unter Umständen sogar abschwächen, aber nicht

verbessern. Christoph Bals weiter: „Es wäre notwendig gewesen, die Staaten zu verpflichten, sich verbindliche Klimaneutralitätsziele zu setzen. In der aktuellen Form kann die Klimaschutzverordnung ihrer Rolle als Treiberin und Garantin für das Erreichen der EU-Klimaziele nicht gerecht werden.“

### **Verantwortung der Bundesregierung in den weiteren Verhandlungen**

Germanwatch fordert die Bundesregierung auf, nun zumindest in den anstehenden Trilog-Verhandlungen mit dem EU-Parlament der Verhandlungsführung den Rücken für mutige Beschlüsse zu stärken. „Die Koalition sollte in der EU klimapolitisches Zugpferd und nicht Bremser sein. In dieser für den Klimaschutz so kritischen Phase sind viele Blicke auf die EU gerichtet. Die EU erwartet von den Schwellenländern besseren Klimaschutz – Grundlage für erfolgversprechende Verhandlungen kann nur eine ernsthafte Klimapolitik der EU sein“, betont Bals.

### **Kontakte für Medien:**

Anne Gläser

Referentin für CO<sub>2</sub>-Preise

030 57 71 328 93

[glaeser@germanwatch.org](mailto:glaeser@germanwatch.org)

### **Pressekontakt:**

[presse@germanwatch.org](mailto:presse@germanwatch.org)

Stefan Küper | [kueper@germanwatch.org](mailto:kueper@germanwatch.org) | Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Katarina Heidrich | [heidrich@germanwatch.org](mailto:heidrich@germanwatch.org) | Tel. +49 (0)151 / 742 968 18

---

# **G7 muss Klarheit schaffen beim Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas sowie schnellem Ausbau der Erneuerbaren Energien**

geschrieben von Andreas | 8. November 2024



**Vor G7-Treffen der Energie-, Umwelt- und Klimaminister:innen: Germanwatch fordert Einigung auf konkrete Ziele bei Dekarbonisierung und deutlich mehr Investitionen in Erneuerbare Energien**

**Bonn/Berlin** (24. Mai 2022). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch fordert von den von morgen bis Freitag tagenden Energie-, Umwelt- und Klimaminister:innen der G7 ein klares Bekenntnis zur Dekarbonisierung der Stromsysteme, mehr Energieeffizienz und eine massive Beschleunigung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien – auch als Antwort auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. „Klimaschutz ist eng verwoben mit Sicherheitspolitik. Die Antwort auf den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine darf nicht allein lauten ‚schneller raus aus Russlands fossilen Energien‘. Sie muss lauten ‚viel schneller raus aus fossilen Energien insgesamt‘“, sagt Lutz Weischer, Leiter der Berliner Büros von Germanwatch.

Der jüngste Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC zeigt,

dass allein die bereits bestehenden und aktuell geplanten Projekte für fossile Brennstoffe viel zu hohe Emissionen freisetzen würden, um das 1,5 Grad-Limit noch einzuhalten. „Das bedeutet: Die aktuelle zusätzliche Nachfrage nach fossilen Energien aus nicht-russischen Quellen darf auf keinen Fall dazu führen, dass jetzt dauerhaft fossile Infrastruktur aus- oder neu aufgebaut wird“, betont David Ryfisch, Leiter des Teams Internationale Klimapolitik bei Germanwatch.

Konkret müssten sich die G7-Staaten insbesondere auf drei Ziele einigen: Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030, Ausstieg auch aus Öl und Gas im Stromsektor bis 2035 und Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2035. „Das Erreichen dieser Ziele ist eine zentrale Messlatte, an der wir den Erfolg der deutschen G7-Präsidentschaft messen werden. Wir wissen, dass dies mit Blick auf einige G7-Staaten sehr viel Verhandlungsgeschick erfordert. Aber dies ist die große Aufgabe, vor der nun insbesondere Klimaschutzminister Habeck und Umweltministerin Lemke sowie am Ende natürlich auch Bundeskanzler Scholz stehen“, so Ryfisch.

### **Gas-Pläne im Senegal: Bundesregierung handelt gegen eigene Zusage**

Fossile Subventionen sind ein weiterer Verhandlungsknackpunkt. „Steuergelder, die in fossile Energien fließen, konterkarieren alle Anstrengungen das 1,5 Grad-Limit einzuhalten. Deswegen müssen die G7 endlich Fortschritte beim Abbau von fossilen Subventionen machen. Das bereits vereinbarte Ziel ist, diese bis 2025 abgebaut zu haben. Wir erwarten dieses Jahr ein Bekenntnis zu gemeinsamer Inventur und jährlicher Berichterstattung“, sagt Alexandra Goritz, Referentin für G7, Klimaschutz und Finanzierung.

Öffentliche Investitionen in fossile Energien im Ausland müssen bereits dieses Jahr beendet werden. Deutschland hat sich auf der letzten Klimakonferenz dazu verpflichtet. „Nun aber Erdgas im Senegal zu fördern, wie es die Bundesregierung

plant, wäre das genaue Gegenteil. Öffentliche Mittel werden stattdessen dringend benötigt, um Investitionen in Billionenhöhe zu mobilisieren, die die Lücke zum 1,5-Grad-Pfad schließen können. Allein bis 2030 ist ein siebenfacher Anstieg der Investitionen für Erneuerbare Energien notwendig“, so Goritz weiter. Nachdem sich die Entwicklungsminister:innen letzte Woche nicht dazu bekannt haben, müssten die Klimaminister:innen das diese Woche unbedingt nachholen.

**Hinweis für Redaktionen:** Germanwatch beobachtet intensiv die G7 unter deutscher Präsidentschaft und wird auch beim Gipfel Ende Juni vor Ort sein.

**Kontakt für Medien:**

Stefan Küper  
Pressesprecher

Germanwatch e.V.  
Dr.Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
D-53113 Bonn

Am einfachsten per Handy erreichbar: 0151 / 252 110 72

E-Mail: [kueper@germanwatch.org](mailto:kueper@germanwatch.org)

[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

---

# **IPCC-Report: Nachhaltige Wirtschaft fordert echte Konsequenz beim Klimaschutz**

geschrieben von Andreas | 8. November 2024



# BNW

Bundesverband  
Nachhaltige  
Wirtschaft e.V.

*Berlin, 04.04.22: Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) fordert anlässlich der Veröffentlichung des Sachstandsberichts des Weltklimarats IPCC konsequente Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise. Der dritte Teil des Berichts befasst sich mit den Handlungsoptionen, um die Klimakrise abzuwenden. Dabei wird deutlich: Die Politik muss jetzt schnell alles dafür tun, um Emissionen zu reduzieren.*

„Die globale Erderhitzung darf 1,5 Grad Celsius nicht überschreiten. Dafür müssen wir jetzt konsequent und radikal handeln – vor allem wir als Industrieland“, sagt Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin des BNW. Staaten müssen jetzt drastisch ihre Emissionen senken: allen voran die Industrieländer, die eine besondere historische Verantwortung tragen. „Klimaschutz ist purer Eigennutz – das erkennen auch immer mehr Unternehmen. Die Bundesregierung muss jetzt dafür sorgen, dass sich Klimaschutz auch rechnet, unter anderem mit einem Abbauplan klimaschädlicher Subventionen“, appelliert Reuter weiter. Denn noch immer fließen allein in Deutschland jährlich 60 Milliarden Euro in steuerliche Begünstigungen für Kerosin, Diesel- und Dienstwagenprivilegien. „Angesichts des IPCC-Berichts ist es absurd, dass sich Deutschland im Jahr 2022 noch Subventionen leistet, die dem Klima schaden“, unterstreicht Reuter.

Der IPCC-Report zeigt: Noch besteht die Möglichkeit, die Klimakrise abzuwenden. Der Schlüssel liegt in der deutlichen Erhöhung der Klimaschutzanstrengungen. „Wir stehen an einem historischen Scheideweg. Die Bundesregierung muss mit aller Kraft die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft

vorantreiben. Denn diese Transformation schützt nicht nur das Klima, sondern schafft auch zukunftssichere Arbeitsplätze und sichert den Wirtschaftsstandort Deutschland“, sagt Reuter.

### **BNW fordert konsequente Wärme-, Energie- und Verkehrswende**

Der IPCC-Report sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine ökonomischen Folgen führen uns vor Augen: Um krisenresilient zu werden, müssen wir uns von fossilen Energieträgern verabschieden. Deutschland braucht dafür jetzt auch schnelle Erfolge im Bereich der Energieeffizienz und des Energiesparens. Und: „Die Bundesregierung muss endlich eine echte Verkehrswende einleiten. Die im Koalitionsvertrag beschriebenen Maßnahmen reichen bisher nicht aus, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor konsequent zu mindern“ so Reuter.

Die Bundesregierung veröffentlicht in diesem Jahr ihr Klimaschutzsofortprogramm, die anstehenden Oster- und Sommerpakete sollen dabei wirksame Lösungen hervorbringen. „Leider ist Deutschland noch weit vom gesetzlich vorgeschriebenen 1,5 Grad-Pfad entfernt. Die Bundesregierung muss jetzt liefern, die Abhängigkeit von Öl, Kohle und Gas schnellstmöglich beenden und den Weg freimachen für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien“, betont die BNW-Geschäftsführerin.

Pressekontakt:

#### **Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.**

Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin

[reuter@bnw-bundesverband.de](mailto:reuter@bnw-bundesverband.de)

+49 178 448 19 91

#### **Agentur Ahnen&Enkel**

Kai Weller

[weller@ahnenenkel.com](mailto:weller@ahnenenkel.com)

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW e.V.)

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich

als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen 540 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 120.000 Arbeitsplätze.

[www.bnw-bundesverband.de](http://www.bnw-bundesverband.de)

---

# **EU-Plan zum Bahnverkehr: Wichtiger Schritt für Klimaschutz, wenn Umsetzung gelingt**

geschrieben von Andreas | 8. November 2024



**Mit ihrem heute vorgestellten Aktionsplan verbessert die EU-Kommission die Chancen für schnelle europäische Zugverbindungen erheblich. Nun ist entschiedene Unterstützung des neuen Bundesverkehrsministers Wissing für die Umsetzung gefragt.**

**Berlin (14. Dez. 2021).** Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch sieht im heute von der EU-Kommission vorgelegten Aktionsplan gute Chancen für einen Aufbruch beim europäischen Langstrecken-Bahnverkehr. „Dieser Aktionsplan kann zum Startpunkt für eine europäische Renaissance der Bahn werden. Die EU geht das Problem des besonders klimaschädlichen Fernverkehrs an, benötigt dafür aber nun auch die volle Unterstützung des neuen

Bundesverkehrsministers“, sagt Jacob Rohm, Verkehrsreferent bei Germanwatch. „Minister Wissing kann hier ein deutliches Signal für den Klimaschutz setzen indem er sich klar hinter den Aktionsplan stellt. Ohne starke Unterstützung der Bundesregierung droht dem Aktionsplan das gleiche Schicksal wie bisherigen Initiativen der EU-Kommission zur Europäisierung und Verbesserung des Schienenverkehrs.“

Positiv ist aus Sicht von Germanwatch, dass die Kommission für ein schnelles Hochfahren neuer europäischer Zugverbindungen die Finanzierung der Anschaffung grenzüberschreitend fahrender Züge voranbringen will, unter anderem über die Europäische Investitionsbank. Auch wenn der Kommissionsvorschlag hier noch nicht weit genug geht. Rohm verdeutlicht die Größenordnung: „Für das Ziel, den Hochgeschwindigkeitsverkehr bis 2030 zu verdoppeln, brauchen wir in der EU in etwa 1.000 zusätzliche Züge. Die Anschaffung muss nun schnell starten, denn Züge zu bauen dauert seine Zeit.“

Der ebenfalls wichtige Vorstoß, dass die Bahnen bei Passagierdaten zusammenarbeiten sollen, würde endlich eine einfachere Buchung internationaler Verbindungen ermöglichen und Anschlussverbindungen garantieren. Entscheidend für ein Ende des europäischen Flickenteppichs beim Bahnverkehr ist zudem, dass die Kommission ihre im Aktionsplan noch zu vage Überlegung umsetzt, den grenzüberschreitenden Zugverkehr besser zu koordinieren. Germanwatch schlägt vor, hierfür eine Stärkung der Europäischen Eisenbahnagentur zu prüfen.

„Umfragen zeigen, dass die Menschen bereit sind, auch auf längeren Strecken die Bahn anstelle des Flugzeugs zu nutzen. Doch dafür brauchen sie gut getaktete und einfach zu buchende internationale Verbindungen zu vernünftigen Preisen“, so Rohm. „Die EU-Kommission hat das verstanden. Die Bundesregierung sollte jetzt ein Zeichen zur Unterstützung der Kommissionsinitiative setzen und in einem ersten Schritt die Senkung der Schienenmaut für grenzüberschreitende Verbindungen veranlassen.“

### **Weitere Informationen:**

„Europe on Rail“ ist eine von Germanwatch initiierte europäische Initiative für eine Renaissance der europäischen Eisenbahn als klimafreundliches, schnelles und grenzüberschreitend verbindendes Verkehrsmittel. In Zusammenarbeit mit Bahnunternehmen, Herstellern, Gewerkschaften, Verbraucherverbänden, politischen Entscheidungsträgern und Think Tanks wollen wir ehrgeizige und konkrete politische Maßnahmen für die Stärkung der Bahn in Europa als Alternative zum sehr klimaschädlichen Flugzeug fördern.

### **Kontakte für Medien:**

Stefan Küper  
Pressesprecher

Katarina Heidrich  
Pressereferentin

### **Pressekontakt:**

presse@germanwatch.org

Stefan Küper | kueper@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Katarina Heidrich | heidrich@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 742 968 18

---

# **RESET-Radio: Der neue Podcast zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung**

geschrieben von RESET.org | 8. November 2024



Berlin, 22.04.2021. Bei *RESET – Digital for Good* stehen seit vielen Jahren Nachhaltigkeit und Digitalisierung im Mittelpunkt – und genau um diese beiden Themen dreht sich auch der neue Podcast der RESET-Redaktion. Welchen Beitrag kann die Digitalisierung im Umwelt- und Klimaschutz leisten? Wie können uns neue Technologien beim Klimaschutz unterstützen? Welche Herausforderungen und Risiken müssen wir im Blick behalten? Und wie lässt sich die Digitalisierung nachhaltiger gestalten?

Im Podcast *RESET Radio* spricht das RESET -Team über diese und weitere Fragen rund um Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Die Redaktion hinterfragt aktuelle Entwicklungen kritisch und zeigt Lösungen auf – denn für eine echte Klimawende braucht es positive Impulse.

„Mit unserem Podcastformat wollen wir einen schnellen und einfachen Zugang zu diesen spannenden Themen ermöglichen und Expertinnen und Experten zu Wort kommen lassen“, sagt Lydia Skrabania, Redakteurin von *RESET.org* und Produzentin der ersten Folge. „Uns ist dabei wichtig, nicht nur Probleme zu nennen, sondern konstruktiv mit den Herausforderungen unserer Zeit umzugehen. Es gibt bereits viele vielversprechende Lösungsansätze – wir möchten diesen eine Plattform bieten und eine starke Stimme im Umwelt- und Klimaschutz sein.“

In der ersten Folge geht es um Künstliche Intelligenz (KI) und

Nachhaltigkeit. KI ist längst Teil unseres Alltags und wird in immer mehr Bereichen eingesetzt – und die Entwicklungen sind rasant. Daher ist es wichtig, dass wir genau jetzt darüber sprechen, wie es um die Chancen und Risiken dieser Technologie für Umwelt und Gesellschaft steht. In der ersten RESET Radio-Episode beleuchten wir gemeinsam mit dem IT-Experten Stephan Richter die Ökobilanz von KI, stellen Rahmenbedingungen vor, damit die energiehungrigen Anwendungen nachhaltiger gestaltet werden können und zeigen mit vielen Beispielen, in welchen Bereichen der Einsatz Künstlicher Intelligenz positive Effekte für Umwelt- und Klimaschutz haben kann.

Hier geht es zum Podcast: <https://reset.podigee.io/>

Grundlage der Podcastfolge ist das umfassende Online-Dossier und die darauf aufbauende Publikation „Greenbook (1): Können wir mit Rechenleistung unseren Planeten retten?“. Das Greenbook (1) steht hier zum kostenlosen Download zur Verfügung:

[https://reset.org/blog/greenbook\\_01\\_kuenstliche-intelligenz](https://reset.org/blog/greenbook_01_kuenstliche-intelligenz)

### **Coming soon...**

In der nächsten Folge unseres neuen Podcasts geht es um die soziale Nachhaltigkeit von KI. Denn KI-basierte Systeme werden bereits in vielen Gesellschaftsbereichen für automatisierte Entscheidungsprozesse eingesetzt: in der Polizeiarbeit, bei Bewerbungsverfahren, im Finanz-, Bildungs- oder im Gesundheitssektor. In der zweiten Folge fragen wir: Wie können wir damit umgehen, wenn KI-Algorithmen diskriminierende Entscheidungen treffen? Und wie können Teilhabe und Transparenz in der KI-Entwicklung gefördert werden?

*Die Podcastfolge „Künstliche Intelligenz: Klimaretter oder Brandbeschleuniger?“ wurde gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU).*

Pressekontakt: Sarah-Indra Jungblut (Redaktionsleitung),

indra.jungblut@reset.org

Über RESET: RESET – Digital for Good ist eine 2007 gegründete und mehrfach ausgezeichnete gemeinnützige Stiftungsgesellschaft. RESET.org berichtet lösungsorientiert und unabhängig über die Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Im Fokus stehen Projekte und

Unternehmungen, die sich mit smarten Ideen für eine zukunftsfähige Welt engagieren. Mit RESET Green Impact unterstützt RESET zudem Ecopreneure mit Beratung und Expertise.

---

# Neue RESET-Publikation: Satelliten und Drohnen – Wertvolle Helfer im Umwelt- und Klimaschutz

geschrieben von RESET.org | 8. November 2024



**Berlin, 30.03.2021.** *Satelliten und Drohnen sind schon jetzt wichtige Werkzeuge im Umwelt- und Klimaschutz. Doch auch mehr und mehr Unternehmen und Startups steigen ins Satelliten-Geschäft ein – und der Ansturm aufs All stellt uns vor neue Herausforderungen. Das Greenbook (2) gibt einen Überblick über*

*Sternstunden und Schattenseiten von Satelliten und Drohnen aus Nachhaltigkeitsperspektive und zeigt Lösungen auf.*

Satelliten übernehmen viele wichtige Aufgaben im Umwelt- und Klimaschutz; die hochauflösenden Bilder decken [Hotspots der Entwaldung](#) und [Methanlecks](#) auf, sie machen die [komplexen Zusammenhänge des Klimawandels besser verständlich](#) und ermöglichen einen effektiveren Schutz von Meeren, Tieren und Wäldern. Und Drohnen sind nicht nur eine wertvolle Unterstützung beim Monitoring, sondern sie können auch in das Geschehen am Boden eingreifen und Bäume pflanzen und wichtige Hilfsgüter liefern.

„Damit sind die Technologien zu wichtigen Werkzeugen im Umwelt- und Klimaschutz geworden, die bereits heute und in Zukunft die Arbeit vieler NGOs und Forschungsvorhaben effektiver und wirksamer gestalten“, sagt Marisa Pettit, Mitautorin der neuen Publikation „Satelliten und Drohnen – Wertvolle Helfer im Umwelt- und Klimaschutz“, die einen Überblick über Satelliten und Drohnen im Umwelt- und Klimaschutz gibt und die zukünftigen Potenziale aufzeigt.

Doch auch kommerzielle Unternehmen und Startups haben das Geschäft mit den Daten aus dem Orbit entdeckt – und der aktuell große Ansturm auf das All stellt uns vor neue Herausforderungen: In den Umlaufbahnen kreist mehr und mehr Weltraummüll und Bedenken beim Schutz der Privatsphäre werden lauter.

„Der Zeitpunkt für unsere Publikation hätte nicht besser sein können, denn aktuell ist die Raumfahrt ordentlich in Bewegung, angetrieben von einer Miniaturisierung der Technik, Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz und durch eine neue Denkweise. Viele sprechen sogar von einer neuen Ära der Raumfahrt“, sagt Sarah-Indra Jungblut, Redaktionsleitung und Mitautorin. „Genau jetzt ist also ein richtiger und wichtiger Zeitpunkt, um die Entwicklungen aktiv mitzugestalten. Für die Publikation haben wir daher

Expert\*innen von u.a. der ESA und der Datenethikkommission über die neuen ökologischen und sozialen Herausforderungen interviewt und stellen Wege und Lösungen vor, wie die Luft- und Raumfahrt nachhaltiger werden kann.“

Das Greenbook (2) ist von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert und steht [hier zum kostenfreien Download](#) zur Verfügung.

Pressekontakt: Sarah-Indra Jungblut (Redaktionsleitung), [indra.jungblut@reset.org](mailto:indra.jungblut@reset.org)

Über RESET:

RESET – Digital for Good ist eine 2007 gegründete und mehrfach ausgezeichnete gemeinnützige Stiftungsgesellschaft. RESET.org berichtet lösungsorientiert und unabhängig über die Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Im Fokus stehen Projekte und Unternehmungen, die sich mit smarten Ideen für eine zukunftsfähige Welt engagieren. Mit RESET Green Impact unterstützt RESET zudem Ecopreneure mit Beratung und Expertise